

Deutscher Schnellkurs für Malis Soldaten

Bundeswehr-Ausbilder versuchen unter Zeitdruck, aus einer desolaten Truppe eine schlagkräftige Armee zu machen.

VON PHILIPP HEDEMANN

KOULIKORO „Die haben uns einfach überrannt. Die waren besser ausgebildet als wir, die hatten die besseren Waffen und mehr Munition. Wir hatten keine Chance. Es war eine Blamage“. Cheick Fantamadi Diarra hat im Norden Malis gegen Tuareg-Rebellen und Islamisten gekämpft. Viele seiner Kameraden haben den ungleichen Kampf mit dem Leben bezahlt. Jetzt ist Diarra in der Kaserne Koulikoro im sicheren Süden Malis stationiert. Doch um seine gefallenen Freunde zu rächen und um sein Land gegen Islamisten und Rebellen zu verteidigen, möchte der 27-Jährige so schnell wie möglich zurück an die Front.

In Koulikoro hat die Bundeswehr zehn Wochen lang malische Soldaten für den Kampfeinsatz gegen aufständische Tuareg-Milizen und der Al-Qaida nahestehenden Islamisten ausgebildet. In einer feierlichen Zeremonie sollten sie auf ihren gefährlichen Kampfeinsatz eingeschworen werden, doch wenige Stunden bevor aus dem Training im ruhigen Süden des Landes im nach wie vor umkämpften Norden ernst werden sollte, demonstrierten die Soldaten im Ausbildungslager, forderten mehr Sold und bessere Verpflegung. Die seit Monaten geplante Feier wurde abgeblasen, die aufgebrachten Soldaten erst mal zehn Tage in den Urlaub geschickt. Ist so ein Truppe in der Lage, für Sicherheit im eigenen Land zu sorgen?

„Viele malische Soldaten haben uns gesagt: Wir haben im Norden ordentlich eins auf die Mütze bekommen. Jetzt wollen wir unter Beweis stellen, dass wir gute Soldaten sind“, berichtet Oberstleutnant Alexander Müller-Cramer, Leiter des deutschen Mali-Kontingents. Seit Anfang April hatte er mit rund 80 Bundeswehr-Soldaten und rund weiteren 370 Militärs aus anderen EU-Staaten versucht, 665 malische Rekruten fit für den Einsatz im Norden zu machen, eine desolante afrikanische Armee in eine schlagkräftige Truppe zu verwandeln. 19 Pionierausbilder der Bundeswehr unterwiesen 30 malische Pioniere im Errichten und Räumen von Straßensperren und dem Entdecken und Sprengen von selbst gebauten Bomben und Minen. „Die malischen Soldaten, waren hochmotiviert, diszipliniert und haben schnell gelernt. Wir hatten nicht viel Zeit, aber ich denke, dass die malischen Kameraden viel mitgenommen haben, was sie für ihren gefährlichen Einsatz brauchen“, sagt Ma-

lor Lars T., der die Pionierausbildung in Koulikoro leitet. Bis April kommenden Jahres will die Bundeswehr mit ihren europäischen Partnern insgesamt 2660 malische Soldaten ausbilden.

Ausgerüstet mit modernen Waffen, die teilweise aus den Beständen

„Ich kann nicht oft genug sagen, wie dankbar ich der Bundeswehr bin“

Ibrahima Traoré,
malischer Oberstleutnant

des gestürzten libyschen Diktators Muammar al Gaddafi stammten, hatten Tuareg-Rebellen der Nationalen Bewegung für die Befreiung des Azawad (MNLA) im Januar 2012 im Norden des Landes eine Rebellion gegen die malische Regierung begonnen. Zunächst wurden sie dabei von der Al-Qaida nahestehenden Islamisten der Ansar Dine (Bewahrer des Glaubens) und Bewegung für Einheit und Dschihad

(MUJAO) unterstützt, später aber von diesen verdrängt. Die Islamisten errichteten ein Gewaltregime auf Basis der Scharia. Wer gegen die Gesetze verstieß, wurde öffentlich ausgepeitscht, gesteinigt und verstümmelt, in der legendären Wüstenstadt Timbuktu zerstörten die Dschihadisten systematisch zum Weltkulturerbe zählende Schriften und Bauten. Ein neuer Rückzugsraum für islamistische Terroristen aus aller Welt entstand.

Die rund 15000 Mann starke malische Armee befand sich zu Beginn des Tuareg-Aufstands in einem desolaten Zustand und hatte den rund 3000 Tuareg-Rebellen kaum etwas entgegenzusetzen. Viele Offiziere desertierten und ließen ihre Soldaten im Stich. Als der bis dahin unbekannt Hauptmann Amadou Haya Sanogo im März 2012 gegen Präsident Amadou Toumani Touré putschte, nutzen die Tuareg-Rebellen und die Islamisten das Machtvakuum und brachten den gesamten Norden Malis unter ihre Kontrolle.

Hunderttausende flohen in die Nachbarländer oder in den sicheren Süden. Im Januar 2013 bat die Übergangsregierung schließlich Frankreich um militärische Unterstützung. Die Ex-Kolonialmacht reagierte prompt. Ohne auf großen Widerstand zu stoßen, befreite die

französische Armee die von den Islamisten besetzten Städte, vertrieb die Dschihadisten in unzugängliche Bergregionen. Bis zu 4000 französische Soldaten waren zeitweise im Einsatz. Doch die Franzosen haben bereits im April mit dem Abzug ihrer Truppen begonnen, im Dezember sollen nur noch 1000 französische Soldaten in Mali stationiert sein.

„Noch sind wir auf die Hilfe unserer Verbündeten angewiesen, aber bald werden wir selbst für Frieden in Mali sorgen können“, sagt Ibrahima Traoré. Wann „bald“ sein wird, darauf will der Oberstleutnant sich jedoch nicht festlegen. Elf Jahre lang wurde der Kommandeur der Kaserne Koulikoro in Hamburg ausgebildet. Er fährt einen blauen Peugeot und einen grünen BMW mit Hamburger Kennzeichen, spricht perfekt Deutsch, nennt seine Frau „Schatzi“ und bezeichnet sich gerne als „deutsches Produkt“. Die Unterstützung der Bundeswehr bei der Ausbildung seiner Soldaten weiß er sehr zu schätzen. „Eines unserer

MALI

Jeder Dritte unterhalb der Armutsgrenze

Mali hat knapp 15 Millionen Einwohner, die Bevölkerung setzt sich aus rund 30 verschiedenen Ethnien zusammen. In der ehemaligen französischen Kolonie leben heute auch noch rund 6000 Franzosen. Mali galt bis zum Militärputsch im März 2012 als eher gelungenes Beispiel einer Demokratisierung in Afrika, ist aber eines der am wenigsten entwickelten Länder der Welt. Ein Drittel der Bevölkerung lebt unterhalb der Armutsgrenze.



Grundausbildung im Minenräumen: Ein Bundeswehpionier erklärt einem malischen Soldaten, wie man Sprengfallen aufspürt und unschädlich macht. Eine erste Gruppe von insgesamt 650 Soldaten hat inzwischen ihr Training absolviert und soll nun im Norden des Landes gegen islamistische Rebellen kämpfen. FOTO: DPA

Im Zweistromland wird das Wasser knapp

Die Türkei kontrolliert den Ursprung von Euphrat und Tigris. Die Nachbarn sehen das mit Argwohn.

VON THOMAS SEIBERT

ISTANBUL Im Winter prägen Schnee, Eis und Regen den gebirgigen Osten Anatoliens. Im Frühjahr ergießt sich das Schmelzwasser aus den Bergen in die beiden großen, sagenumwobenen Ströme Ostanatoliens: Euphrat und Tigris sind aber nicht nur für die Türkei wichtig, sondern auch für die südlichen Nachbarn Syrien und Irak. Doch die Wassermenge sinkt seit Jahren dramatisch. Der Streit um die kostbare Ressource dürfte schärfer werden.

Eine Studie unter Mitarbeit der US-Raumfahrtbehörde Nasa wies unlängst auf der Basis von Satellitenbildern den dramatischen Rückgang der Wasservorräte nach. Demnach beträgt der Wasserverlust im Einzugsgebiet von Euphrat und Tigris in den vergangenen zehn Jahren insgesamt 144 Kubikkilometer – fast die dreifache Wassermenge des Bodensees. Für mehr als die Hälfte des Rückgangs ist Raubbau am Grundwasser durch Bewässerungs- und Trinkwasserbrunnen verantwortlich, sagen die Forscher.

Als Ursprungsland von Euphrat und Tigris spielt die Türkei bei dem Problem eine Schlüsselrolle. Mit ei-

nem fast fertiggebauten Netzwerk aus 22 Staudämmen greift Ankara in das Wassersystem der beiden biblischen Ströme ein und zieht den Vorwurf auf sich, den Nachbarn Syrien und Irak den Hahn abzdrehen.

Anfang des Jahres warf der irakische Parlamentsabgeordnete Karim Elewi der Türkei vor, so viel Wasser zurückzuhalten, dass die Landwirtschaft im Irak schweren Schaden nehme. Die Türkei setze ihre geografische Lage für politische Zwecke ein, sagte Elewi. Die Türkei demonstrierte. In einem Grundsatzpapier

zur Wasserpolitik erklärte das türkische Außenministerium, dass die durchschnittliche Wassermenge des Tigris zur Hälfte aus Zuflüssen im Irak selbst stammt, und nicht aus dem türkischen Abschnitt des Stroms. Wenn der Irak über einen sinkenden Pegel klage, müsse das Land die Schuld erst einmal bei sich selbst suchen, lautet der Vorwurf. Auch betonte Wasserminister Veyzel Eroglu, dass es selbst im Verhältnis zum Euphrat-Anrainer Syrien, wo Ankara den Sturz von Präsident Baschar al Assad anstrebt, keine Plä-

ne gebe, den Wasserzufluss zu verringern. Die Türkei wolle nicht die syrische Bevölkerung leiden lassen.

Nicht so sehr der Einsatz von Wasser als Machtinstrument bildet eine potenzielle Keimzelle künftiger Krisen, sondern der wachsende Eigenverbrauch der Türken. Das Land erlebt einen noch die dagewesenen Wirtschaftsboom. Die Staudämme des sogenannten Südostanatolien-Projektes (GAP) sollen in den kommenden Jahren rund 1,7 Millionen Hektar Land bewässern und jährlich 27 Milliarden Kilowattstunden Strom erzeugen. Ausdrückliches Ziel von GAP ist es, die Region zu einem „landwirtschaftlich gestützten Export-Zentrum“ zu machen.

Bisher waren diese Ziele wegen des Kurdenkonfliktes in der Region unrealistisch: Der Krieg zwischen den PKK-Kurdenrebellen und der türkischen Armee hat mehr als 40000 Menschen das Leben gekostet und ganze Landstriche verwüstet. Doch nun gibt es einen Waffenstillstand. Frieden könnte indirekt jedoch den Streit ums Wasser verschärfen. Sollte es in Südostanatolien einen Wirtschaftsaufschwung geben, würde für Syrer und Iraker noch weniger Wasser übrig bleiben.



Eine Frau im Irak transportiert Trinkwasser. Die Ressource wird immer knapper – die Türkei steht im Verdacht, den Nachbarn den Hahn abzdrehen. FOTO: DPA

Fußballspielen in Kanada nun auch mit Turban erlaubt

VON JÖRG MICHEL

EDMONTON Auf diesen Tag hat Aneel Samra mehr als ein Jahr lang gewartet: Der gläubige Sikh aus Kanada, der aus religiösen Gründen einen Turban aus dünnem Stoff trägt, darf jetzt auch wieder ganz offiziell seinem Hobby nachgehen und auf den Sportplätzen rund um Montréal für seine Amateurm Mannschaft dem Ball hinterherjagen. Zuvor hatte der Fußballverband der kanadischen Provinz Québec nach langem Zögern und massiven Protesten aus dem In- und Ausland sein umstrittenes Turban-Verbot für Fußballspieler aufgehoben.

Während in der überwiegend französischsprachigen Provinz Québec die Kopfbedeckungen beim Fußball verboten waren, wurden sie in den anderen, überwiegend englischsprachigen Provinzen, geduldet. Der nationale kanadische Fußballverband hatte daraufhin den Québec-Verband angewiesen, die Turbane ebenfalls zu erlauben, was zu wütenden Reaktionen in der autonomen Provinz geführt hatte. Die

Sprichwörter lautet: „Wenn das Haus deines Nachbarn in Flammen steht, musst du helfen, sonst greifen die Flammen auf dein Haus über. Ich kann gar nicht oft genug sagen, wie dankbar ich der Bundeswehr bin, dass sie uns beim Löschen hilft“, sagt der Kommandeur.

Doch das Haus brennt noch immer. Anfang Juni brachen im Nordosten erneut heftige Kämpfe zwischen der malischen Armee und der Tuareg-Miliz MNLA aus, die nach dem Abzug der Islamisten die nordmalische Stadt Kidal unter ihrer Kontrolle hat. Zuvor hatte es Gerüchte gegeben, dass die hellhäutigeren Tuareg-Rebellen in Kidal gezielt dunkelhäutige Malier misshandelt und getötet hätten. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch berichtet, dass malische Truppen darauf hin rassistisch motivierte Racheakte an Tuaregs verübt und Menschen exekutiert haben sollen. Um so etwas in Zukunft zu verhindern, steht auch Staatsbürgerschaftslehre auf dem europäischen Ausbildungsprogramm der malischen Armee.

Die Bundeswehr unterstützt die derzeit in Mali stationierte Kampftruppe der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft mit drei Transall-Maschinen und einem Flugzeug für Luftbetankungen französischer Kampffljets. Die deutsche Unterstützung wird auch fortgesetzt, wenn am 1. Juli die Mali-Mission von 11200 UN-Blauhelm-Soldaten und 1440 Polizisten beginnt. Eine der Aufgaben der UN-Truppe wird die Sicherung der für Ende Juli geplanten Präsidentschaftswahl sein. Doch viele Malier bezweifeln, dass der Termin eingehalten werden kann. Die Übergangsregierung hat den Ausnahmezustand gerade erneut bis zum 5. Juli verlängert. Erst danach kann der Wahlkampf richtig losgehen, und Terror-Experten befürchten, dass Islamisten mit Anschlägen versuchen könnten, den Urnengang zu sabotieren.

Viele Malier würden den Wahltermin gerne verschieben, bis die Sicherheit im ganzen Land gewährleistet werden kann. Doch Interimspräsident Dioncounda Traoré will unbedingt an dem Termin festhalten, denn Entwicklungshilfe-Gelder, die seit dem Putsch im März 2012 größtenteils eingefroren wurden, werden erst nach der Wahl fließen. Auch der Cheick Fantamadi Diarra möchte, dass in der einstigen Musterdemokratie Mali so schnell wie möglich wieder gewählt wird. Der Hauptgefreite ist bereit, sein Leben für diese Wahlen zu riskieren.

Eine Provinz hatte religiöse Kopfbedeckungen im Sport verboten

separatistische Regierungschefin Pauline Marois hatte die Weisung als einen Affront gegen die Eigenständigkeit Québecs gewertet.

Aufgelöst wurde die Blockade am Ende erst durch eine Ausnahmegenehmigung des Weltverbandes Fifa. In einem Brief an den kanadischen Verband hatte die Fifa erstmals explizit klargestellt, dass Turbane auf dem Platz zulässig sind, wenn bestimmte Auflagen erfüllt sind. So müssten die Turbane dieselbe Farbe wie das Trikot haben, nicht im Gegensatz zur „professionellen Erscheinung“ der Spieler stehen und nicht am Trikot befestigt sein.

Bei der Entscheidung der Fifa handelt es sich um eine Übergangsregelung. Im Herbst wollen die zuständigen Gremien ausführlicher darüber beraten, endgültig ins Regelwerk aufgenommen werden sollen die Vorschriften dann bis zum März 2014. Aneel Samra dürfte diese Formalität egal sein. Ab sofort darf sich der Kanadier wieder ganz offiziell seine Fußballschuhe schnüren und in der Amateurliga von Québec mitkicken.